

W a c h t a u f , V e r d a m m t e d i e s e r E r d e !

DER SOZIALIST

Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern

++++
Erscheint monatlich

Nr. 17

++++
Juni 1950
++++

VOR EINEM NEUEN LOHN-PREISPAKT

Was die bürgerlichen Parteien in all' den Jahren der ersten Republik immer wieder versucht, aber sogar in der Dollfuß-Schuschnigg-Ära nicht ernsthaft durchzusetzen gewagt haben - die Durchlöcherung, die Beseitigung der Mietengesetzgebung - damit wagen sich jetzt die Raab & Co., die kapitalistischen Einpeitscher der ÖVP, hervor. Sie verlangen die Wiederherstellung der Hausherrenrente unter der Vorgabe, daß die Wohnungsnot nur durch die private Bautätigkeit beseitigt werden könne und daß als Voraussetzung hierzu sich das zu investierende Kapital entsprechend verzinsen müsse. Als ob den Raab & Co. die Not der Wohnungslosen am Herzen läge! Die "A.-Z." hat in den letzten Wochen mehrmals ganz richtig ausgesprochen, daß es der ÖVP nur um die Erhöhung des kapitalistischen Profits geht. Die "A.-Z." hat darauf hingewiesen, was es für die Arbeiter bedeuten würde, wenn sie so wie vor dem ersten Weltkrieg jeden Monat wieder eine Woche lang arbeiten müßten, um dem Hausbesitzer ein arbeitsloses Einkommen zu sichern. Die "A.-Z." hat ausgesprochen, daß dies für die Arbeiter und kleinen Angestellten untragbar wäre und daß darum die Pläne der Raab & Co. niemals Wirklichkeit werden dürfen.

Die "A.-Z." ist das Sprachrohr unserer Parteiführung. Diese Führung hat bis jetzt in keinem einzigen Fall den kapitalistischen Angriffen gegen das Realeinkommen der Arbeiter die Kraft der Arbeiterschaft entgegengesetzt, sondern die Arbeiterinteressen praktisch preisgegeben. So war es beim "Währungsschutzgesetz", so war es bei drei Lohn-Preis-Pakten, so war es erst jüngst wieder beim Nachziehverfahren für die öffentlichen Angestellten. Die Ausrede, daß es sich hier vielfach um gewerkschaftliche Angelegenheiten handle, gilt nicht. Unsere Partei stellt die weitaus stärkste Fraktion im Gewerkschaftsbund. Die sozialistische Fraktion kann jederzeit Mehrheitsbeschlüsse fassen; die Führung unserer Partei ist darum für die Politik des Gewerkschaftsbundes voll verantwortlich. Unsere Parteiführung einschließlich unserer gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre haben die Arbeiter immer wieder mit angeblich unmittelbar bevorstehenden Preissenkungsaktionen abzuspeisen gewußt. Die Forderung nach der Wiederherstellung der Hausherrenrente ist die Fortsetzung der kapitalistischen Angriffe gegen das Realeinkommen der Arbeiter. Wird unsere Parteiführung an der Mietengesetzgebung wirklich, wie sie verspricht, nicht rütteln lassen? Wird sie der ÖVP ein entschiedenes "Nein!" entgegensetzen? Wenn es unsere Parteiführung ehrlich meint, dann muß sie, um ihr Versprechen halten zu können, ihre Gesamtpolitik ändern, d.h. zu einer Politik der konsequenten Verteidigung der Arbeiterinteressen, zu einer konsequenten sozialistischen Politik übergehen. Davon ist jedoch keine Rede!

Während die "A.-Z." von der "Verteidigung" des Mieterschutzes schreibt, verhandelt unsere Parteiführung bereits seit längerer Zeit mit der ÖVP und den Unternehmervertretern über den Abschluß eines vierten Lohn-Preisabkommens. Von ihm geben Spitzenfunktionäre unserer Partei zu, daß es diesmal mit einer Senkung des Reallohnes verbunden sein werde.

Die Senkung des Reallohnes wurde bei den bisherigen Lohn-Preis-pakten von seiten unserer Partei- und Gewerkschaftsführung immer ab-geleugnet; man kann sich danach vorstellen, wie der Lohn-Preis-pakt Nr. 4, der im Juli perfekt werden soll, ausschauen wird. Kohle soll bis zu 80% verteuert und im Zusammenhang damit die Tarife von Strom, Gas usw. empfindlich erhöht werden; eine Straßenbahnfahrt wird in Wien S 1,- bis S 1.20 kosten. Aber nicht nur, daß die Kohle und alle Tarife und Industrieprodukte, bei deren Kalkulation der Kohlenpreis eine wichtige Rolle spielt, erhöht werden sollen; diesmal soll es auch mit den Lebensmittelpreisen in die Höhe gehen. Als offizielle Ursache wird die Verschlechterung der Relation zwischen Schilling und Dollar angegeben, durch welche sich für Österreich die Weltmarktpreise für Getreide etc. verteuert hätten. Als die Regierung nach den Wahlen den Schillingkurs verändert hat, da hat sie versprochen, daß dies von keinerlei Auswirkung auf das inländische Preisgefüge sein werde. Die Regierung war sich indes schon damals klar, daß dem nicht so sei; sie hielt nur den Zeitpunkt, dies offen auszusprechen und die entsprechenden Preiserhöhungen damals schon vorzunehmen, für verfrüht, da damals in den Betrieben gerade die Bewegung für die Auszahlung einer Überbrückungshilfe im Gange war und diese Bewegung nur durch das Versprechen baldiger Preissenkungen abgestoppt werden konnte. Verdient eine Regierung Vertrauen, deren Erklärungen sich als Schwindel herausstellen? Verdient die Politik unserer Parteiführung Vertrauen, die für diese Regierung die Mitverantwortung trägt? Dürfen wir dieser Führung, die bereits über den Lohn-Preis-pakt Nr. 4 verhandelt, auch nur ein Wort glauben, wenn sie die Verteidigung des Mieterschutzes verspricht?

Die bisherige Politik unserer Führung hat das Vertrauen der Arbeiterschaft zu unserer Partei erschüttert. Das Mißtrauen und der Unmut der Arbeiter haben insbesondere in den letzten Monaten und Wochen stark zugenommen; sie werden sprunghaft wachsen, wenn sich die Arbeiterschaft in der nächsten Zeit neuerlich getäuscht sieht. Das ist eine für die Sozialistische Partei gefährliche Entwicklung; kein Sozialist, dem die Arbeitersache wirklich am Herzen liegt, kann ihr gleichgültig gegenüberstehen. Wir haben eine solche Entwicklung schon einmal erlebt. Wir haben gesehen, was es bedeutet, wenn die Arbeiterklasse fortgesetzt enttäuscht wird und wenn aus diesem Grund dann Teile von ihr der Gleichgültigkeit und Passivität verfallen. Die Gegner unserer Partei aus dem bürgerlichen Lager wie aus dem der Volks-"demokraten" warten bereits ungeduldig darauf, daß sich dies wiederhole. Es gibt nur einen Weg, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten: Den Übergang zu einer konsequenten sozialistischen Politik, die energische Verteidigung der Arbeiterinteressen, gestützt auf die Kraft der Arbeiterschaft!

Ist unsere gegenwärtige Parteiführung noch fähig, einen solchen Weg zu beschreiten? Jeder Tag beweist das Gegenteil. Die konsequente Verteidigung der Arbeiterinteressen ist unmöglich in Zusammenarbeit mit einer Partei der Kapitalisten; sie verlangt den Bruch mit der ÖVP, das Aufgeben der Koalitionspolitik. Unsere Parteiführung ist aber bereits zur Gefangenen der Koalitionspolitik geworden; sie hat sich zu tief darin verstrickt, sie kann nicht mehr anders als sich der ÖVP krampfhaft an die Schöße zu hängen und ihr immer wieder die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer Arbeitsgemeinschaft beweisen zu wollen - bei der letzten Endes die Arbeiter unter die Räder kommen. Der vollständige Sieg der Koalitionsgesinnung innerhalb

unserer Führung beweist: Wer den Kapitalisten den kleinen Finger reicht, von dem verlangen sie die ganze Hand; wer ihnen die Hand gibt, den werden sie alsbald mit Haut und Haar verschlungen haben.

Die Wendung zu einer konsequenten sozialistischen Politik ist von unserer Parteiführung nicht mehr zu erhoffen; sie kann nur gegen diese Führung erzwungen werden. Sie ist zu erzwingen, wenn sich alle ehrlichen Sozialisten, die noch nicht der Koalitionsge-sinnung erlegen sind, innerhalb unserer Partei zusammenschließen. Jetzt schon gilt es, sich auf den Parteitag vorzubereiten! Laßt euch diesmal nicht von der Routine des Parteiapparats unterkriegen! Wählt diesmal als Delegierte eurer Organisationen nicht wieder jene, die schon zu oft entgegen euren Ansichten und Aufträgen zu allem, was diese unheilvolle Führung getan, Ja und Amen gesagt haben! Haltet jetzt schon Ausschau, welche Genossen, denen ihr vertraut und auf die ihr euch verlassen könnt, als Delegierte zum Parteitag in Frage kommen. Glaubt nicht, daß es darauf ankommt, daß einer schön reden kann. Schaut den Leuten nicht auf den Mund, schaut ihnen vor allem auf die Finger! Ein Arbeiter, dem ihr vertrauen könnt und der auf dem Parteitag eure Resolution einbringt und für diese Resolution gegen die des Parteivorstandes stimmt, ist für die Arbeiterschaft und für die Sozialistische Partei zehnmal mehr wert als ein Advokat, der euch mit glatten Worten hineinzulegen versteht.

Bereitet jetzt schon Resolutionen für den Parteitag vor, in denen ihr eurem Unwillen über die Politik des Parteivorstandes Aus-druck verleiht. Sprecht euch jetzt schon über den Inhalt dieser Re-solutionen aus; setzt euch mit gleichgesinnten Genossen anderer Be-zirksorganisationen in Verbindung und besprecht ein gruppenweises Auf-treten auf dem Parteitag. Geht in diesen Resolutionen nicht auf alles mögliche ein; laßt alles Unwichtige beiseite, konzentriert euch auf die wichtigsten Punkte, gebt den Resolutionen einen politischen Inhalt. Stellt in diesen Resolutionen möglichst konkrete Forderungen; stellt vor allem die Forderung nach dem Bruch der Koalition!

Der Parteivorstand wird den Versuch machen, unter Umgehung des Parteistatuts den Parteitag noch mehr als im Vorjahr bürokratisch vorzubereiten. Bedient euch der Rechte, die das Organisationsstatut der Mitgliedschaft und den Funktionären einräumt! Verlangt, daß ihr mit allen den Parteitag betreffenden Resolutionen und Anträgen recht-zeitig bekanntgemacht werdet und daß euch Gelegenheit zu ausgiebiger Diskussion darüber gegeben wird. Verlangt den Abdruck aller Resolutio-nen und Anträge für den Parteitag in der "A.-Z.", duldet nicht, daß der Parteivorstand wieder so wie im Vorjahr unter Mißachtung der klaren Bestimmungen des Organisationsstatuts deren Abdruck verhindert.

Stellt jetzt schon in euren Organisationen Anfragen über den Lohn-Preis-pakt Nr. 4. Eure Mandatare und Spitzenfunktionäre sind über ihn bereits unterrichtet; verlangt von ihnen dezidierte Erklärungen. Gebt ihnen den Auftrag, zu verhindern, daß nochmals ein Lohn-Preis-abkommen hinter dem Rücken und zum Nachteil jener abgeschlossen wird, die es in erster Linie angeht: hinter dem Rücken der Betriebsarbeiter-schaft. Sprecht allen jenen, die solche undemokratische Methoden ver-teidigen, euer Mißtrauen aus. Sorgt dafür, daß die Spielregeln der Demokratie vor allem in der Partei des demokratischen Sozialismus ein-gehalten werden!

Wenn alle ehrlichen Sozialisten so auftreten, dann wird die Wendung kommen; dann wird auf diesem Parteitag eine starke, geschlos-sene Linke auftreten, über die sich der Parteivorstand nicht mehr so leicht hinwegsetzen kann! Dann wird unsere Partei wieder werden; was sie früher einmal war: eine konsequente Verfechterin der Arbeiterin-teressen, eine wirklich sozialistische Partei!

STEHEN WIR VOR EINEM VORSTOSS DER REAKTION?

Nach der Niederwerfung der sozialistischen Arbeiterschaft hatte das Dollfuß-Schuschniggregime bekanntlich nichts Eiligeres zu tun, als mit dem Vatikan ein Konkordat abzuschließen. Der Ständestaat, dessen "Verfassung" mit den salbungsvollen Worten begann: "Im Namen Gottes, des Allmächtigen...", wurde faktisch zu einem zweiten Kirchenstaat gemacht. Mit der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland war auch die Wirksamkeit des Konkordats erloschen. Eine der wichtigsten Änderungen ergab sich aus der Einführung der deutschen Ehegesetzgebung, die - schon Jahrzehnte vor Hitler viel fortschrittlicher als die österreichische - die obligatorische Zivilehe auch für Österreich brachte. 1945 wurde dieser Teil der deutschen Gesetzgebung beibehalten. Die Kirche läuft nun schon seit einiger Zeit gegen den "unerträglichen Gewissenszwang" Sturm, der darin bestehen soll, daß die Katholiken sich vor dem Standesamt trauen lassen müssen (trotzdem sie kein Mensch hindert, ihre Ehe nachher noch von einem Priester ihrer Kirche segnen zu lassen). Doch nicht nur auf dem Sektor der Ehegesetzgebung, auch auf dem der Schule stellt die Kirche Forderungen auf: Öffentlichkeitsrecht für katholische Privatschulen, obligatorischer Religionsunterricht für alle katholischen Kinder, Errichtung einer katholischen Universität in Salzburg. Es ist klar, daß sich die Kirche entscheidende Positionen zurückerobern würde, wenn es gelänge, diese Forderungen durchzusetzen. In den ersten Jahren nach 1945 hatte sie sich aller öffentlichen Teilnahme an der Politik enthalten. Fühlt sich die Kirche bereits wieder so stark, daß sie nun an eine Wendung in ihrer offiziellen Stellung denken kann? Der Fall J a c h y m ist in diesem Zusammenhang von einiger Bedeutung.

Der demonstrative Akt Jachyms in der Stephanskirche hat tiefe Differenzen innerhalb der kirchlichen Hierarchie sichtbar werden lassen. Die "Volksstimme" hat versucht, diese so zu erklären: Die Übergabe des erzbischöflichen Amtes wurde vom Vatikan mit der Durchführung einer aggressiven Kirchenpolitik - vor allem in außenpolitischer Hinsicht - verknüpft; dagegen habe sich das priesterliche Gewissen Jachyms gesträubt; er wollte sich nicht vom Vatikan politisch mißbrauchen lassen. An welche Schlußfolgerungen die "Volksstimme" dann ihre bekannte volksdemokratische Litanei angeknüpft hat, diese "Erklärung" ist indes ebenso simpel wie falsch. Jachym war auf den Rat des päpstlichen Nuntius in Wien vom Vatikan zum Stellvertreter Innitzers ernannt worden. Innitzer und die mit ihm verbundene Clique hatten zwei ganz andere Kandidaten vorgeschlagen. Jachym ist also ein Mann des Vatikans; die Demonstration in der Stephanskirche hat sich nicht gegen die vatikanischen Politik, sondern gegen die Innitzerclique gerichtet. Daß dem so ist, geht daraus hervor, daß Jachym trotz seines in der Kirchengeschichte einzig dastehenden Schritts nicht in ein Kloster gesteckt, sondern dennoch zum Erzbischof gemacht worden ist - in Rom, zu welchem die Innitzer, Figl & Co. zur Abbüßung ihrer Sünden wallfahren mußten. Worin bestehen diese Sünden, d.h. die Differenzen der Innitzer, Figl & Co. mit dem Vatikan?

Der Vatikan ist einer der wichtigsten Stützen der Außenpolitik des amerikanischen Imperialismus. Sowohl der Vatikan als auch die amerikanische Außenpolitik haben weitreichende Pläne - auch in Österreich. Der USA-Imperialismus wünscht, aus Österreich einen verlässlichen Pfeiler des Atlantikblocks zu machen. Österreich ist eine der vorgeschobenen Positionen gegen die sowjetische Einflußsphäre; die Stellung Österreichs ist eine äußerst heikle. Der USA-Imperialismus steuert (auch wenn er das nicht offen ausspricht und es heute noch geschickt maskiert) darauf aus, in Österreich ein solches Regime zu etablieren, das außenpolitisch (gegen den sowjetischen Block) und innenpolitisch (gegenüber der Arbeiterschaft!) vollkommen gesichert ist.

Er hält sich zu diesem Zweck die Habsburgerei in Bereitschaft! Hier treffen sich die Absichten und Pläne der amerikanischen Außenpolitik mit denen des Vatikans. Selbstverständlich können diese Pläne nicht über Nacht durchgeführt werden, insbesondere, solange die SU nicht Österreich räumt. Sie durchlaufen deshalb mehrere Etappen, deren erste und nicht unwichtigste die Verstärkung des Einflusses der katholischen Kirche in Österreich ist. Der Vatikan tritt jetzt schon für eine aggressive Kirchenpolitik in Österreich ein und hat als Exponenten hierfür den Dr. Jachym eingesetzt. Worin bestehen die Differenzen des letzteren mit den Innitzer & Co. Wahrscheinlich darin, daß Innitzer und Figl - obwohl sie mit den Fernzielen sowohl des Vatikans als auch des USA-Imperialismus vollkommen einverstanden sind - den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachten, um diese Pläne schon durchführen oder zuviel von ihnen verraten zu können. Mit anderen Worten, sie halten eine aggressive Kirchenpolitik im gegenwärtigen Zeitpunkt als untragbar für die Koalition; sie wollen sie bis zu jenem Zeitpunkt vertagen, den sie für geeignet finden, die Koalition zu sprengen.

Die Differenzen im katholischen Lager sind also rein taktischer Natur in Bezug auf den Zeitpunkt der Aktion; es wäre für die sozialistische Arbeiterschaft ein verhängnisvoller Fehler, wollte sie glauben, daß die Kirche und die hinter ihr stehende Bourgeoisie ihre Krallen für immer eingezogen hat. Daß dem nicht so ist, beweist sowohl der Umstand, daß Jachyms Ernennung trotz des Widerstandes der Innitzer & Figl vom Vatikan durchgesetzt worden ist, als auch der Umstand, daß unsere Parteiführung, trotzdem sie, auch so gerne, uns von der Harmlosigkeit der Kirche überzeugen und selbst an diese Harmlosigkeit glauben möchte, ahnt, daß sich etwas vorbereitet. Das ist auch der Grund, warum sich S c h ä r f in mehreren Nummern der "Zukunft" bemüht, nachzuweisen, daß Österreich im Jahre 1938 nicht bloß von Deutschland besetzt, sondern annektiert worden ist, daß das 1945 entstandene Österreich ein neuer Staat sei und daß darum das seinerzeit von Dollfuß-Schuschnigg abgeschlossene Konkordat für das heutige Österreich keinerlei Gültigkeit habe. Die juristische Argumentation Schärfs ist vollkommen richtig. Allein Schärf und unsere Parteiführung vergessen, daß solche Fragen nicht allein juristische, sondern in erster Linie Machtfragen sind! Welchen Beitrag leistet auf dem Sektor des realen Kampfes unsere Parteiführung, um den Vorstoß der Reaktion zu verhindern? Was macht sie außer dem einen, daß sie juristische Argumente setzt? Solche haben bekanntlich noch niemals eine Diktatur aufgehalten. Dollfuß war 1933-34, als er die Demokratie zerstörte, juristisch sicher im Unrecht; er hat ja ganz offen gegen die geschriebene und von ihm selbst beschworene Verfassung gehandelt. Allein er hat sich auf eine juristische Diskussion auch gar nicht eingelassen. Die Pläne der Reaktion können weder durch Geschenke, die die "rote" Gemeinde Wien aus allgemeinen Steuergeldern für die Stephanskirche macht, noch durch staatsrechtliche Erörterungen allein, sondern nur durch den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterklasse verhindert werden. Eine konsequente Verteidigung der Arbeiterinteressen durch eine Politik, die sich auf die Kraft der Betriebsarbeiterschaft stützt, wird schwerwiegendere Argumente gegen die Reaktion in die Wagschale werfen als noch so gelehrte Artikel noch so gelehrter Juristen!

"DER SOZIALDEMOKRAT"

Die "Volksstimme" brachte am 28.5. folgende Notiz:

"Unter dem Namen 'Der Sozialdemokrat' hat eine Oppositionsgruppe in der SPÖ ein Rundschreiben veröffentlicht, von dem bisher zwei Nummern erschienen sind. In dem einleitenden Artikel wird vor allem die Schreibweise der rechtssozialistischen Presse heftig kritisiert, die den Standpunkt der Neutralität verlassen habe. Es heißt dort; "Unser Rundschreiben 'Der Sozialdemokrat' soll von nun an helfen, dieser Kritik Richtung zu geben, sie zu organisieren, die oppositionellen Kräfte in der Partei über alle wissenswerten Vorgänge zu informieren und mitzuhelfen, das Steuer herumzuwerfen."

Der 'Neue Vorwärts', der längere Auszüge aus dem 'Sozialdemokrat' veröffentlicht, vertritt die Meinung, daß die Erneuerung der sozialistischen Bewegung nur im Zusammenwirken aller linkssozialistischen Kräfte möglich sein wird, vor allem durch die Gründung einer Linkssozialistischen Partei."

Soweit die Notiz der "Volksstimme". Wir gehen wohl kaum mit der Annahme fehl, daß hinter dem "Sozialdemokrat", der von der kommunistischen Presse so wohlwollend kommentiert wird, ein paar Volksdemokraten stehen. Dies geht schon aus dem Passus über die "Neutralität" hervor. Neutralität im Mund der KP und ihres Ablegers Erwin Scharf bedeutet das Aufgeben jeder Kritik an der Politik der KP und jener Länder, in denen die KP regiert. Und daß der KP "das Zusammenwirken aller linkssozialistischen Kräfte" durch die Gründung einer sogenannten Linkssozialistischen Partei passen würde, das glauben wir gern; eine solche Partei wäre nämlich nur ein willenloses Anhängsel der KP,

Die ehrlichen oppositionellen Sozialisten in unserer Partei lehnen die Politik der KP und ihre Gimpelfängermethoden ab. Es gibt heute solche Genossen genug in der Sozialistischen Partei. So hat z.B. eine Gruppe der SJ in Wien XV vor einigen Wochen das Mitteilungsblatt "Rote Opposition" herausgegeben, in dem die Koalitionspolitik unserer Parteiführung verworfen, gleichzeitig aber auch die volksdemokratische Politik scharf abgelehnt wird. Diese Jugendgenossen sind auf dem richtigen Weg; ihnen wird jeder Sozialist zustimmen, wenn sie schreiben: "Nicht zuletzt aber ist es wichtig, daß die Kritik auch vor den eigenen Reihen nicht Halt macht. In unserer Organisation muß Platz für eine gesunde, produktive Opposition sein, die dazu beiträgt, unsere Bewegung laufend zu verbessern, der Entwicklung anzupassen und sie damit schlagkräftig zu erhalten. Denn die Opposition zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung verpflichtet; sie verpflichtet, an Stelle des schlechten, veralteten Systems das bessere, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu setzen. Unsere Partei, die Partei des demokratischen Sozialismus wird die Trägerin dieser Ordnung sein. Sie muß ein Vorbild darstellen. Darum: Platz der inneren Demokratie!"

-xXx-

SPENDENAUSWEIS: Wa.Li. - S 5.-

++++
|
| Lesen und weitergeben !!!
|
++++